

Schriftenreihe
Europäisches Recht, Politik und Wirtschaft

Stefan Drechsler

Die Unionsgrundrechte unter dem Einfluss des Prozessrechts

Bestandsaufnahme und Perspektiven im
Europäischen Grundrechtsverbund am Beispiel
der EU-Wirtschaftsgrundrechte



Nomos

Schriftenreihe Europäisches Recht, Politik und Wirtschaft

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dres. h.c. Jürgen Schwarze,
Direktor des Europa-Instituts Freiburg e.V.,
Universität Freiburg

Prof. Dr. Armin Hatje, Universität Hamburg

Band 393

Stefan Drechsler

Die Unionsgrundrechte unter dem Einfluss des Prozessrechts

Bestandsaufnahme und Perspektiven im
Europäischen Grundrechtsverbund am Beispiel
der EU-Wirtschaftsgrundrechte



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 2019
u.d.T.: „Prozessuale und materielle Determinanten für den Schutz der EU-Wirtschaftsgrundrechte. Bestandsaufnahme und Perspektiven im Europäischen Grundrechtsverbund“

ISBN 978-3-8487-6126-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-0217-1 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Das vorliegende Werk wurde von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Regensburg im Sommersemester 2019 als Dissertation angenommen. Es ist während meiner Zeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl meines Doktorvaters Professor Dr. Jürgen Kühling, LL. M., entstanden. Rechtsprechung und Literatur finden bis Januar 2019 Berücksichtigung; Neuauflagen zitierter Werke sind eingearbeitet, soweit sie bis Juli 2019 erschienen sind.

Bekanntlich hat der Erfolg viele Väter (und Mütter). Ob dieses Werk ein Erfolg ist, mögen andere beurteilen. Doch trifft es zu, dass am Fortgang und Gelingen der dahinterstehenden Arbeit neben dem Autor eine Vielzahl von Personen großen Anteil hat.

Mein Doktorvater, Professor Dr. Jürgen Kühling, LL. M., hat das Thema angeregt und mit großer Offenheit und Neugierde die zahlreichen Ergänzungen, Fortentwicklungen und neuen Akzente begleitet, die sich im Laufe der Zeit ergeben haben. Ich danke ihm von Herzen für die unübertreffliche Förderung und Wegbegleitung während des Studiums und meiner Promotionszeit. Dies gilt auch für die bedeutenden Freiräume in dieser Zeit, die er mir für eine ganze Reihe anderer Projekte in Lehre und Forschung gewährt hat.

Professor Dr. Thorsten Kingreen danke ich nicht nur – wie bemerkenswert oft in Vorworten zu lesen – für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens. Vielmehr empfinde ich tiefe Dankbarkeit für die Begleitung und Unterstützung, die er mir während der Studienzeit als Mentor im Rahmen des TANDEM-Programms der Deutschen Universitätsstiftung entgegengebracht hat. Auch während meiner Promotion stand er mir als verlässlicher Gesprächspartner mit wichtigen Impulsen zur Seite.

Die Deutsche Universitätsstiftung hat mich in Verbindung mit der Gerda Henkel Stiftung auch während meiner Promotionszeit im Rahmen des TANDEM-Stipendiums ideell und finanziell in großartiger Weise gefördert. Beide Institutionen haben die Drucklegung dieses Werkes mit einem großzügigen Zuschuss ermöglicht. Dafür danke ich ganz herzlich!

Die Mühen der abschließenden Korrekturlektüre hat Sascha Ebner auf sich genommen. Für seine präzisen sprachlichen Hinweise bin ich außerordentlich dankbar. Großer Dank gebührt auch der Nomos Verlagsgesellschaft und Dr. Marco Ganzhorn für die hervorragende verlegerische Betreuung.

Vorwort

Schließlich hat mein persönliches Umfeld unschätzbaren Anteil an der Entstehung dieses Werkes. Vor allem den Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl von Professor Kühling, aber auch an anderen Lehrstühlen der Fakultät danke ich für ihre stete Gesprächs- und Diskussionsbereitschaft, ihre (hoffentlich nur) gelegentlich notwendige Geduld und ihre freundschaftliche Begleitung. Viele Thesen dieses Buches sind an ihnen argumentativ erprobt und durch ihre Anmerkungen und ihren Widerspruch reflektiert und geschärft worden. Für ihre Unterstützung und den Zuspruch in anstrengenden und schwierigen Phasen kann ich ihnen nicht genug danken – ebenso wie für die vielen schönen, heiteren und erfüllenden gemeinsamen Erlebnisse. Schließlich und in allererster Linie haben meine Eltern Anneliese und Konrad Drechsler mich stets in großartiger Weise auf meinem beruflichen und persönlichen Weg unterstützt und geleitet. Die ihnen dafür gebührende Dankbarkeit und Zuneigung lässt sich nicht in Worte fassen.

Regensburg, im August 2019

Stefan Drechsler

Inhaltsverzeichnis

Einführung: Der ungeklärte grundrechtliche Stellenwert selbstständiger wirtschaftlicher Betätigung in der Europäischen Union	17
I. Von der Wirtschaftsgemeinschaft zur Grundrechtsgemeinschaft	17
II. Zerklüftete Diskursräume	23
III. Die Forschungsfragen und der Gang ihrer Untersuchung	28
Erster Hauptteil: Der Schutz beruflicher und unternehmerischer Freiheit nach Art. 15 und 16 GRCh in der jüngeren Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union	33
1. Kapitel: Der Anwendungsbereich der Art. 15 Abs. 1 und 16 GRCh in der jüngeren Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union	37
I. Die Ursprünge des Abgrenzungsproblems	37
II. Die praktische Bedeutung der Abgrenzung der Anwendungsbereiche	39
1. Das Fehlen der Allgemeinen Handlungsfreiheit in der GRCh	39
2. Unterschiedliches Schutzniveau der Art. 15 Abs. 1 und 16 GRCh	41
III. Vorschläge des unionsrechtlichen Schrifttums zur Abgrenzung der Art. 15 und 16 GRCh	43
IV. Unionsgerichtlicher Pragmatismus statt unionseinheitlicher Dogmatik – Prozessuale Determination statt materiell-rechtlichen Zugangs	45
1. Die Abhängigkeit der Abgrenzung der Anwendungsbereiche von der Vorlagefrage oder den Anträgen der Parteien: Der normative Beibringungsgrundsatz	46
2. Der Einfluss der rechtskulturellen Prägung der Berichterstatte am Gerichtshof	51
3. Die Abgrenzung der Art. 15 Abs. 1 und 16 GRCh in der Spruchpraxis des Europäischen Gerichtshofs seit dem Vertrag von Lissabon	54

Inhaltsverzeichnis

a) Prüfungen am Maßstab der Berufsfreiheit	54
b) Prüfungen am Maßstab der unternehmerischen Freiheit	58
aa) Die Urteile des Gerichtshofs zu Urheberrechtsverletzungen im Internet	58
bb) Die Urteile des Gerichtshofs zur Etikettierung von Lebensmitteln	65
cc) Arbeitsrechtliche Fälle	72
dd) Weitere Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs allein auf Grundlage des Art. 16 GRCh	78
ee) Zwischenfazit	86
c) „Doppelte Prüfung“: Berufsfreiheit und unternehmerische Freiheit als einheitliches Grundrecht?	87
aa) Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs im Bereich des Agrar- und Lebensmittelrechts	87
bb) Entscheidungen des Gerichts zur Zuteilung von Emissionszertifikaten	91
cc) Weitere Entscheidungen der Unionsgerichte ohne Differenzierung der Wirtschaftsgrundrechte	92
d) Prüfungen am allgemeinen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit an Stelle einer Prüfung am Maßstab der Chartagrundrechte	96
V. Paradigmenwechsel der Unionsgerichte hin zu einer eigenständigen Dogmatik?	100
VI. Fazit und Würdigung der Abgrenzung der unternehmerischen Freiheit von der Berufsfreiheit durch die Unionsgerichte: „Wie es Euch gefällt“	104
2. Kapitel: Die Kontrolldichte des Europäischen Gerichtshofs im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit beschränkender Maßnahmen	107
I. Die hergebrachte Kritik der deutschen Europarechtswissenschaft an der Verhältnismäßigkeitskontrolle des Europäischen Gerichtshofs	107
II. Der Prüfungsmaßstab der Unionsgerichte bei Rechtsakten des Unionsgesetzgebers	111
1. Die Beschränkung der Rechtmäßigkeitsprüfung auf die Verletzung der substance même	112
a) Ein Blick „durch das Weintor“: Das Modell einer Kontrolle an Hand der substance même	113

b)	Ein Blick zurück: Die Wurzeln und die Berechtigung der Substance-même-Kontrolle	119
c)	Weitere Fälle der Substance-même-Kontrolle in der jüngeren Rechtsprechung	123
2.	Die Überprüfung von Unionsrechtsakten am Maßstab des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	130
a)	Der weite Einschätzungsspielraum des Unionsgesetzgebers im Bereich der Wirtschaftsregulierung	131
aa)	Der Begriff des „Ermessens“ im Unionsrecht	132
bb)	Sachliche Voraussetzungen eines unionsgesetzgeberischen Ermessensspielraums	133
cc)	Der Gegenstand des gesetzgeberischen Ermessens im Hinblick auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	143
b)	Die Konsequenzen des Einschätzungsspielraums für die unionsgerichtliche Kontrolldichte	145
aa)	Der Stand der wissenschaftlichen Diskussion zur „offensichtlichen“ Unverhältnismäßigkeit	146
bb)	„Offensichtlichkeit“ – der ursprüngliche Verzicht auf eine gerichtliche Zweckmäßigkeitkontrolle	149
cc)	Die „Offensichtlichkeit“ als prozessuales Phänomen: Der Nachweis mangelnder Eignung	151
dd)	Die gerichtliche Überprüfung unionsgesetzgeberischer Wertungsentscheidungen	158
ee)	Die Kontrolle von „Ermessensmissbräuchen“ des Unionsgesetzgebers	163
ff)	Zwischenergebnis	165
c)	„Law in action“: Die praktische Anwendung der eingeschränkten Verhältnismäßigkeitkontrolle durch die Unionsgerichtsbarkeit	165
aa)	Die Kontrollmechanismen für die empirischen Aspekte der Verhältnismäßigkeit	166
(1)	Die Bedeutung von Folgenabschätzungen durch die Kommission	166
(2)	Die Erwägungsgründe des angegriffenen Rechtsakts als Informationsquelle	171
bb)	Die gerichtliche Prüfung der gesetzgeberischen Erforderlichkeits- und Angemessenheitsbeurteilung	174
(1)	Die Kohärenz der unionalen Rechtsetzung	175
(2)	Die Bekenntnisse des Gesetzgebers zur Grundrechtskonformität	179

Inhaltsverzeichnis

(3) Die Evaluations- und Anpassungsverpflichtungen des Unionsgesetzgebers	180
(4) Härtefall-, Ausnahme- und Übergangsregelungen als Indikatoren einer vertretbaren Abwägung	181
cc) Die Folgerungen für den effektiven Schutz der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit	185
III. Der maßgebliche Beurteilungszeitpunkt: Prüfung der Verhältnismäßigkeit aus der Perspektive ex ante	188
1. Bereits aus der Perspektive ex ante feststehende Tatsachen	189
a) Der Schutz einer sachgerechten Kompetenzverteilung zwischen den Unionsorganen	190
b) Die Ex-ante-Perspektive als Rechtsschutzverkürzung: Die Frage nach der Beobachtungs- und Nachbesserungspflicht des Unionsgesetzgebers	193
c) Die Gewährleistung des Interorganrespekts	196
d) Die überkompensatorische Wirkung der Ex-ante-Perspektive	200
e) Zwischenergebnis	200
2. Die in ihrer Realisierung noch unsicheren Prognosen des Unionsgesetzgebers	201
3. Die nachgewiesenen unzutreffenden Prognosen des Unionsgesetzgebers	207
4. Zwischenergebnis	208
IV. Die Darlegung und der Beweis der tatsächlichen Umstände der Verhältnismäßigkeit eines Unionsrechtsakts	209
1. Eine terminologische Vorrede	210
2. Die Darlegungslast und die subjektive Beweislast vor den Unionsgerichten	212
a) Die Darlegungs- und subjektive Beweislast bei Nichtigkeitsklagen	212
b) Die Darlegungs- und subjektive Beweislast im Vorabentscheidungsverfahren	217
aa) Das vorlegende Gericht	218
bb) Die Stellungnahmeberechtigten	221
c) Zwischenergebnis	223
3. Der Verzicht auf eine förmliche Beweisaufnahme im unionsgerichtlichen Verfahren	224
a) Die Fälle mangelnder Beweisbedürftigkeit	225
b) Funktionell begründete Einschränkungen der Beweisbedürftigkeit	226

c) Ausreichende Tatsachengrundlagen jenseits förmlicher Beweisaufnahmen?	228
aa) Die Insuffizienz des beweisrechtlichen Instrumentariums der Unionsgerichte	228
bb) Die Stützung der Tatsachengrundlage auf Erkenntnisquellen außerhalb des förmlichen Beweisrechts	231
(1) Das Vorbringen der Parteien in Direktklageverfahren	232
(2) Die tatsächlichen Feststellungen des vorlegenden Gerichts	237
(3) Das Vorbringen der Stellungnahmeberechtigten	238
(4) Die Schlussanträge der Generalanwälte	243
cc) Zwischenfazit	244
4. Die Anforderungen an das Maß unionsrichterlicher Überzeugung: Die Würdigung des tatsächlichen Vorbringens	246
a) Die Überlagerung der Tatsachenwürdigung durch rechtliche Erwägungen	246
b) Die Fälle „echter“ Tatsachenwürdigung	247
c) Zwischenergebnis	250
5. Die objektive Beweislast als letztlich entscheidendes Kriterium	250
6. Synthese	254
V. Fazit zur Qualität der Rechtmäßigkeitskontrolle	256
VI. Ungerechtfertigte Defizite in der Kontrolldichte?	260
3. Kapitel: Der Schutz unternehmerischer Betätigung als Abwägungstopos in multipolaren Grundrechtsverhältnissen	265
I. Die nachvollziehende Abwägung in der Rechtmäßigkeitskontrolle unionaler Maßnahmen	267
II. Auslegungsfragen als Schauplatz originärer gerichtlicher Abwägung	271
1. „Scarlet Extended“: Die unnötige Abwägung	272
2. „SABAM“: Die Fortsetzung von „Scarlet“ unter (keinen) anderen Vorzeichen	277
3. „UPC Telekabel Wien“: Auf der Suche nach dem „vierten Pol“ des Grundrechtsverhältnisses	278
a) Die abwägungserheblichen Grundrechtspositionen und die Gründe ihrer Unvollständigkeit	279
b) Die Struktur der unionsgerichtlichen Abwägung	283
c) Zwischenergebnis	286

Inhaltsverzeichnis

4. „McFadden“: Alternativloser Schutz des geistigen Eigentums?	286
a) Die prozessualen Rahmenbedingungen	287
b) Die Struktur und die Ergebnisse der Abwägung	288
c) Schlussfolgerungen	293
III. Die Wirtschaftsgrundrechte als fehlender Abwägungstopos	298
1. Die Vorratsdatenspeicherungssaga: Effektiverer Grundrechtsschutz (auch) ohne unternehmerische Freiheit?	299
2. „Schrems“: Kein „sicherer Hafen“ für Unternehmen?	302
IV. Fazit	306
Zweiter Hauptteil: Die Perspektiven des Schutzes unternehmerischer Tätigkeit im Europäischen Grundrechtsverbund	309
4. Kapitel: Institutionelle und prozessuale Komponenten des Grundrechtsverbunds	311
I. Die Notwendigkeit fachlicher Spezialisierung der Unionsgerichte als wesentliche institutionelle Herausforderung	312
1. Ein Fachgericht für den Grundrechtsschutz in der Europäischen Union?	314
2. Die Spezialisierung des Gerichts	316
a) Die Vergrößerung des Gerichts als Chance für Spezialisierung und Effektivierung	316
b) Die Übertragung von Vorabentscheidungsverfahren auf das Gericht	320
3. Der Gerichtshof	321
4. Die Spezialisierung als Gefahr für die Einheitlichkeit des Unionsrechts und seines Grundrechtsschutzes?	324
5. Fazit	328
II. Die Neuausrichtung des Unionsprozessrechts	329
1. „Iura novit curia“: Die Aufgabe des normativen Beibringungsgrundsatzes	329
a) Die dogmatische Standortbestimmung	332
b) Die Funktionen der Nichtigkeitsklage und des Vorabentscheidungsverfahrens als leitende Parameter	333
c) Die Mitwirkungsrechte der Verfahrensbeteiligten	338
d) Die Unionsgerichte als kompetente und letztverbindliche Interpreten des Unionsrechts	339

e)	Die entscheidenden Gesichtspunkte der Prozessökonomie, der Rechtssicherheit und des effektiven Grundrechtsschutzes	342
f)	Zwischenergebnis: <i>Iura europaea debet novisse curia europaea</i>	343
2.	Die Verbesserung der empirischen Grundlagen	343
a)	Die Einführung des Amtsermittlungsgrundsatzes	344
b)	Die Möglichkeiten und Grenzen des beweisrechtlichen Instrumentariums	349
aa)	Die Beweismittel des Unionsprozessrechts	349
bb)	Die Stellungnahmen im Vorabentscheidungsverfahren gemäß Art. 23 Abs. 2 EuGH-Satzung	352
cc)	Zwischenfazit	355
c)	Ein Blick nach Karlsruhe: Stellungnahmen sachverständiger Dritter vor dem Bundesverfassungsgericht	355
d)	Ein Blick nach Washington: Die Daubert-Doktrin des U. S. Supreme Court	362
aa)	Die Daubert-Doktrin in der Rechtsprechung des Supreme Court	364
bb)	„Regulatory Daubert“: Die Übertragung auf die gerichtliche Kontrolle abstrakt-genereller Wirtschaftsregulierung	365
cc)	Die Übertragung auf die Unionsgerichtsbarkeit	366
e)	Zwischenfazit	371
3.	Abschied von der „Offensichtlichkeit“: Die Umverteilung der Beweislast	372
a)	Der Bedeutungsverlust der Darlegungs- und Beweislast im reformierten Unionsprozessrecht	372
b)	Die Ausrichtung der objektiven Beweislast am materiellen Recht der GRCh	373
c)	Die sektorspezifische Beweislastumkehr durch das Vorsorgeprinzip	378
d)	Zwischenfazit	379
4.	Fazit	380
III.	Der Beitrag der nationalen Verfassungsgerichte zur Optimierung des Grundrechtsverbunds	381
1.	Bestehende informelle Dialogformate und die Stellungnahmemöglichkeit <i>de lege ferenda</i>	381
2.	Die (Nicht-)Nutzung des Vorabentscheidungsverfahrens durch das Bundesverfassungsgericht	383

Inhaltsverzeichnis

a) Die Strategien des Bundesverfassungsgerichts zur Vermeidung der Unionsgrundrechte	384
b) Die Gründe des Bundesverfassungsgerichts für eine Trennung der Grundrechtssphären	388
c) Die unterschätzten Einflussmöglichkeiten des Bundesverfassungsgerichts im Vorabentscheidungsverfahren	390
3. Zwischenfazit	394
IV. Die Rolle der deutschen Europarechtswissenschaft	395
V. Fazit	398
5. Kapitel: Materiell-rechtliche Komponenten des Grundrechtsverbunds: Die Optimierung der unionsrechtlichen Grundrechtsdogmatik zur unternehmerischen Tätigkeit	401
I. Die methodischen Möglichkeiten zur Ausgestaltung eines europäischen Grundrechtsverbunds im Hinblick (auch) auf den Schutz der unternehmerischen Freiheit	402
1. Das methodische Instrumentarium als Transmissionsriemen zwischen mitgliedstaatlichen Impulsen und unionsgerichtlicher Dogmatik	403
2. Die methodischen Grenzen des Grundrechtsverbunds	403
a) Die GRCh als maßgeblicher Bezugspunkt des unionalen Grundrechtsschutzes	403
b) Der Eigenstand des Unionsrechts	405
3. Die Technik wertender Rechtsvergleichung durch die Unionsgerichte	407
4. Die Rezeption mitgliedstaatlicher Grundrechtsdogmatik im Wege des Art. 52 Abs. 4 GRCh	411
5. Die Bedeutung der „einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten“ und des Art. 52 Abs. 6 GRCh für die unternehmerische Freiheit im Grundrechtsverbund	414
a) Der Verweis auf die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten als „vertikale Schranke“ der unternehmerischen Freiheit?	416
b) Der Verweis in Art. 16 GRCh als Auslegungsregel zur Ermittlung des Anwendungsbereichs der unternehmerischen Freiheit	420
c) Der Inhalt der Verpflichtung des Art. 52 Abs. 6 GRCh in Verbindung mit Art. 16 GRCh	426
d) Der Begriff der „einzelstaatlichen Gepflogenheiten“	429

e) Zwischenfazit: Die Verpflichtung zur verbundkonformen Auslegung	432
6. Zwischenfazit	433
II. Elemente einer gemeineuropäischen Berufs- und Unternehmerfreiheitsdogmatik	435
1. Der notwendige Abschied von falschen Prämissen	435
a) Die GRCh als systematischer Neustart für die unionalen Wirtschaftsgrundrechte	436
b) Die Loslösung vom deutschen Verständnis der umfassenden „Berufsfreiheit“	441
c) Zwischenfazit: Ausgangspunkte einer eigenständigen Dogmatik der Wirtschaftsgrundrechte	445
2. Skizzen zu den Anwendungsbereichen der Wirtschaftsgrundrechte in der GRCh	446
a) Die Berufsfreiheit (Art. 15 Abs. 1 GRCh)	447
aa) Der Berufsbegriff des Art. 15 Abs. 1 GRCh	447
bb) Die von Art. 15 Abs. 1 GRCh geschützten Modalitäten der Berufsfreiheit	449
cc) Der persönliche Anwendungsbereich des Art. 15 Abs. 1 GRCh	453
dd) Fazit zum Anwendungsbereich der Berufsfreiheit	458
b) Die unternehmerische Freiheit (Art. 16 GRCh)	458
aa) Der Begriff des Unternehmens „nach dem Unionsrecht“	460
bb) Die Freiheit zur Ausübung einer Wirtschafts- oder Geschäftstätigkeit	463
(1) Die Erläuterungen zur GRCh als Ausgangspunkt der Überlegungen	463
(2) Die Fortschreibung der von den Erläuterungen benannten Urteile in späteren Judikaten	464
(3) Ausübung einer Wirtschaftstätigkeit „nach dem Unionsrecht“: Die Grundfreiheiten als Gewährleistungsgehalte der unternehmerischen Freiheit	467
(4) Ausübung einer Wirtschaftstätigkeit in den Grenzen des Wettbewerbsrechts	472
(5) Fazit: Funktionelles und weitgefasstes Verständnis der Wirtschafts- und Geschäftstätigkeit im Rahmen des Art. 16 GRCh	472
cc) Die Vertragsfreiheit	473
dd) Der freie Wettbewerb als eigenständiger Gewährleistungsgehalt?	475

Inhaltsverzeichnis

ee)	Impulse aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten und den übrigen „einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten“	479
ff)	Fazit zum Anwendungsbereich der unternehmerischen Freiheit	482
c)	Das Verhältnis von Berufsfreiheit und unternehmerischer Freiheit	483
3.	„Export(un)fähige“ deutsche Dogmatik	487
a)	Die Restriktion des Eingriffsbegriffs durch das Erfordernis einer berufsregelnden Tendenz	487
b)	Die Drei-Stufen-Lehre	490
c)	Fazit: Rezeptionsuntauglichkeit berufsfreiheitsspezifischer deutscher Dogmatik	493
4.	Handlungsbedarf bei der materiell-rechtlichen Ausgestaltung der Verhältnismäßigkeitskontrolle?	494
5.	Fazit	496
III.	Eine Vereinigung der Grundrechte?	498
Schluss:	Ernüchterung – Chance – Herausforderung	503
	Verzeichnis des verwendeten Schrifttums	507
	Sachverzeichnis	535